

"Die Saar in der Sackgasse" in Het Parool (24. Oktober 1955)

Legende: Am 24. Oktober 1955 untersucht die niederländische Tageszeitung Het Parool die Konsequenzen, die das negative Votum der Saarländer über das europäische Statut, so wie es in den Pariser Abkommen vom 23. Oktober 1954 vorgesehen war, haben wird, und fragt nach der Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen.

Quelle: Het Parool. Vrij Onverveerd. dir. de publ. Van Norden, W ; Réd. Chef Koets, P. J. 24.10.1955, n° 3.309; 15. Jg. Amsterdam: Het Parool. "De impasse in de Saar", p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_saar_in_der_sackgasse_in_het_parool_24_oktober_1955-de-a685e1c5-7436-4b89-9568-d99d9fbcc64b.html



Publication date: 05/07/2016

Die Saar in der Sackgasse

Gegenüber heftigen Emotionen hat die Vernunft meistens das Nachsehen, und eine an die Instinkte appellierende Parole findet leichter Gehör als ein nüchternes Argument.

Die gestern im Saargebiet abgehaltene Volksabstimmung hat dies wieder einmal bewiesen. Es musste zwar befürchtet werden, dass es eine Mehrheit von Neinsagern gegen das europäische Statut geben würde, aber dass es eine solch überwältigende Mehrheit werden würde, hatten wenige gedacht.

Zumindest hat die Entscheidung als mageren Trost den Vorteil, dass nun absolute Klarheit herrscht. Mehr als neunzig Prozent der Stimmberechtigten haben von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, und die Abstimmung konnte, dank der Aufsicht einer neutralen Kommission, in Freiheit abgehalten werden. Wegen der irreführenden Information der pro-deutschen Parteien waren offenbar viele davon überzeugt, ihrer vaterländischen Pflicht als Deutsche nachzukommen, indem sie mit Nein stimmten. Dass sie hingegen durch ihre Handlungsweise sowohl der deutschen Bundesrepublik als auch Europa ebenso einen Bärendienst erwiesen haben wie Frankreich, ist ihnen der Entscheidung zufolge vollkommen entgangen.

Was nun? Vor der Abstimmung hatte Paris wissen lassen, dass bei Ablehnung des Statuts der Status quo beibehalten würde und dass neue deutsch-französische Verhandlungen mit dem Ziel, Paris zu weiteren Konzessionen zu bewegen, nicht in Betracht kämen. Selbstverständlich ist es der französischen Regierung zurzeit nicht möglich, einen anderen Standpunkt einzunehmen. Doch wird man sich wohl auch in Paris nicht einbilden, dass man so tun könnte, als ob nichts geschehen wäre, und dass jetzt „folglich“ der seit 1945 bestehende Zustand zum Dauerzustand werden könnte. Das ist Logik, aber keine Politik. Im Grunde müsste eine solche Auffassung nämlich beinhalten, dass die Wahlen für einen neuen Landtag, die bei Annahme des Statuts in einigen Monaten stattgefunden hätten, nun unterbleiben können. Inzwischen hat jedoch die heutige Regierung des Ministerpräsidenten Hoffmann das Einzige getan, was ihr nach der gestrigen politischen Entscheidung übrig blieb: Sie ist zurückgetreten. Und es wird wohl niemand so dumm sein zu glauben, dass sich andere finden lassen, die unter diesen Umständen Hoffmanns Aufgaben übernehmen und die Regierungsgeschäfte auf derselben Grundlage fortführen wollen.

Damit ist aber nur eine der Schwierigkeiten genannt. Es gibt noch sehr viele andere. Die deutsch-französischen Beziehungen werden erneut auf eine harte Probe gestellt. Der europäischen Einigung ist ein weiterer Schlag versetzt worden. Ob es wohl französische Politiker gibt, die bei dieser Gelegenheit an die bekannten deutschen Verseilen denken müssen: „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie, fortzeugend, immer Böses muss gebären.“ Sicher ist jedenfalls, dass die Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die französische Nationalversammlung Ende August letzten Jahres eine der wichtigsten Ursachen dafür ist, dass sich Europa jetzt auch noch den Kopf über die Saar zerbrechen muss.

Daher erscheint es uns äußerst wichtig, dass die Saarfrage in dieser Phase nicht als eine Angelegenheit betrachtet wird, die nur die am nächsten betroffenen Länder tangiert, sondern im Gegenteil als eine Sache, die ganz Westeuropa angeht. Je eher deshalb im Rahmen der Westeuropäischen Union der jetzt geschaffene Zustand diskutiert wird, desto besser wäre das unserer Meinung nach. Dabei wird ein Höchstmaß an staatsmännischer Klugheit und Takt von allen Parteien aufzubringen sein. In erster Linie natürlich von Frankreich und Deutschland, aber sicherlich auch von den anderen Ländern, die als Vermittler eingesetzt werden könnten.

Möge die Einsicht, dass diese offene Wunde im Inneren unseres Kontinents in unser aller Interesse nicht offen bleiben darf, dazu führen, dass sich zumindest bei den Versuchen, aus der jetzigen Sackgasse herauszufinden, Nüchternheit, Sachlichkeit und das Gespür für das Wesentliche gegen die Enttäuschung und Gereiztheit auf französischer Seite und die erhitzten nationalistischen Gefühle jenseits des Rheins durchsetzen werden.